

Mindestlohn rückt näher

LEIHARBEIT FDP zeigt sich gesprächsbereit beim Mindestlohn in der Zeitarbeit. Doch auch wenn eine verbindliche Lohnuntergrenze kommt, wird sich das Entleihen von Arbeitskräften aus Osteuropa ab Mai 2011 rechnen

VON BARBARA DRIBBUSCH

BERLIN taz | Tomasz Major hat einen Traum. „Ich möchte im nächsten Jahr mit meinem Sohn nach Deutschland fahren und nicht im Fernsehen Witze über polnische ‚Billiglöhnarbeiter‘ hören“, sagt der 35-jährige Unternehmensberater aus Krakau, „auch deswegen bin ich für einen Mindestlohn für die Zeitarbeit in Deutschland“.

Das ein polnischer Firmenberater vor Lohndumping durch Arbeitskräfte aus seinem Heimatland warnt, ist bemerkenswert. Ab Mai 2011 herrscht die Freizügigkeit für Arbeitnehmer aus den neuen EU-Ländern. Zeitarbeitsfirmen mit Sitz in Polen könnten dann nach derzeitiger Rechtslage billige Arbeitskräfte nach Deutschland verleihen, die nicht den deutschen Tarifen unterliegen.

Deswegen drängt Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) auf einen Mindestlohn in der Branche. Die FDP zeigt sich gesprächsbereit. Die Liberalen wissen, dass sie gegen Union und Arbeitgeber den Mindestlohn nicht stoppen können, wollen ihr ja aber noch als politische Verhandlungsmasse nutzen. Ein Mindestlohn in der Zeitarbeitsbranche ist wahrscheinlich – kann aber noch dauern.

Die Lohnkonkurrenz durch billigere Arbeitskräfte aus Polen



Eine Branche mit vielen Leiharbeitern: Fleischverarbeitung Foto: vario images

käme dabei nicht unbedingt durch Firmen in polnischer Hand, betont Major. „10 bis 20 Zeitarbeitsfirmen aus Deutschland“ seien schon an ihn herangetreten und hätten ihn beauftragt, einen „polnischen Haustarifvertrag“ für ihre Tochtergesellschaften in Polen zu entwerfen, erzählt der Rechtsanwalt, der den Unternehmerverband IPP

für Zeitarbeitsfirmen gründete. Von der Arbeitnehmerfreizügigkeit ab Mai „werden am Ende fast ausschließlich deutsche Unternehmen profitieren, sowohl als ausleihende Zeitarbeitsunternehmen als auch als Entleiher“, prophezeit Major.

Die Freizügigkeit gilt für Job-suchende aus Polen, Tschechien, Ungarn, der Slowakei, Slowenien,

Estland, Lettland und Litauen. Erwerbssuchende aus diesen Ländern können ab Mai in Deutschland jede sozialversicherungs-pflichtige Arbeit annehmen und müssen nach den hiesigen Tarifen oder Mindestlöhnen bezahlt werden. Eine heikle Situation ergibt sich jedoch in der Zeitarbeit, wenn dort Firmen mit Sitz im Ausland Arbeitskräfte nach

Deutschland verleihen. „Ein gültiger polnischer Tarifvertrag wäre dann auch für hier tätige Zeitarbeiter gültig“, warnt Michael Wehran, Sprecher des Bundesverbandes Zeitarbeit BZA. Eine allgemein verbindliche Lohnuntergrenze hingegen gälte auch für entsandte Arbeitnehmer.

Doch auch mit einem Mindestlohn rechnet es sich künftig für Firmen mit Sitz in Polen, Arbeitnehmer an hiesige Unternehmen zu verleihen. Zeitarbei-

Steuern und Sozialversicherung für Leiharbeiter sind in Polen niedriger

ter polnischer Firmen werden nach dem dortigen Recht sozialversichert und besteuert. Bei einem Bruttolohn von 1.350 Euro beispielsweise werden für den Arbeitnehmer nur 19 Prozent, für den Arbeitgeber nur 11 Prozent an Abgaben fällig, beschreibt Major in der IPP-Fachzeitschrift *Entsendung*. „Steuern und Sozialversicherung machen einen großen Unterschied“, sagt Major. Auch bei einem Mindestlohn könnten Firmen mit Sitz im Ausland Zeitarbeiter daher billiger anbieten als die hiesige Konkurrenz.

Meinung + Diskussion SEITE 12

Keine Infos vor US-Angriff

DROHNE Regierung: Wir wussten von nichts

BERLIN taz | Die Bundesregierung ist nach eigenen Angaben nicht vorab über einen US-Drohnenangriff in Pakistan informiert worden, bei dem Anfang Oktober mutmaßlich drei Islamisten aus Hamburg und Wuppertal starben. Das geht aus einer Antwort auf eine Kleine Anfrage der Grünen-Bundestagsfraktion hervor. Die wollte erfahren, ob die Regierung wusste, dass ein solcher Angriff stattfinden sollte und dabei Deutsche getötet werden könnten. „Die Bundesregierung ist von keiner Seite über einen Angriff im Sinne der Fragestellung vorab informiert worden“, heißt es in der Antwort.

Nach von Regierungseite nicht bestätigten Berichten sind bei dem Angriff am 4. Oktober Bünyamin E. aus Wuppertal und die Hamburger Naamen M. und Shahab D. ums Leben gekommen. M. und D. gehörten zu einer Gruppe von elf Islamisten aus Hamburg, die sich im Frühjahr 2009 zeitgleich in das afghanisch-pakistanische Grenzgebiet aufmachten. Auf islamistischen Internetseiten sind inzwischen Fotos aufgetaucht, die die Leichname von Bünyamin E. und Shahab D. zeigen – nicht aber den von Naamen M. Bünyamin E. hatte die deutsche Staatsangehörigkeit. Die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe prüfe derzeit, ein Ermittlungsverfahren einzuleiten, so die Bundesregierung. **WOS**

Ungehorsam vorm Bundestag

PROTESTE Tausende demonstrieren gegen die Verabschiedung des Sparpakets und wollen den Bundestag belagern. Aufbegehren hielt sich bisher in Grenzen

BERLIN taz | Es soll die Krönung des heißen Herbstes werden. Wenn im Bundestag am heutigen Freitag nach viertägiger Debatte die Regierungsmehrheit den Haushalt für 2011 und damit auch das milliardenschwere Sparpaket beschließt, wollen vor dem Parlament tausende Demonstranten gegen die sozialen Kürzungen protestieren. Besonders die Hartz-IV-Reform mit der Streichung des Elterngelds weckt ihren Unmut. „Sparpaket stoppen! Bundestag belagern!“ lautet der Aufruf des Bündnisses aus über 100 linken Organisationen und Parteien zur Kundgebung und Demo vor dem Brandenburger Tor.

Seit Monaten mobilisieren sie für den „Tag X“. Vorbild sind Länder wie Frankreich, Griechenland und Portugal, wo in den vergangenen Wochen regelmäßig Hunderttausende gegen Sozialkürzungen auf die Straße gingen. Die Sozialproteste hierzulande hingegen hatten in diesem Jahr kaum Konjunktur. Die Organisatoren sind trotzdem optimistisch. Sie hoffen auf bis zu 10.000 Teilnehmer, realistischere Schätzungen gehen von etwa 3.000 aus.

„Das soll der Höhepunkt der Sozialproteste in werden“, sagte Katja Kipping, stellvertretende Bundesvorsitzende der Linkspartei, der taz. Ihre Partei ruft als einzige aus dem Bundestag zur Teilnahme an den Protesten auf. „Die Jahre mit Hartz IV haben bei den Betroffenen Spuren hinterlassen, die teils zu Resignation führen“, erklärt Kipping die schleppenden Sozialproteste. Mitschuld daran hätten aber auch die Gewerkschaft-

ten. „Sie haben den heißen Herbst, den sie selbst ausgerufen haben, verschlafen“, sagt Kipping. Es sei bedauerlich, dass sie sich an den Protesten gegen soziale Kürzungen nicht deutlicher beteiligten.

„Es wundert mich, dass dort, wo eigentlich Konflikte losbrechen müssten, fast nichts passiert“, sagt der Politologe Peter Grottel. Soziale Proteste hätten es schwer gehabt in diesem Herbst. „Die Castor-Proteste haben aber gezeigt, dass der Aufruf zum massenhaften zivilen Ungehorsam erfolgreich sein kann“, sagt er.

Auch die Initiatoren des heutigen Protests setzen auf zivilen Ungehorsam. „Wir haben es auf die Schienen geschafft. Jetzt schaffen wir es vor den Reichstag“, heißt es in einem Mobilisierungsvideo. Um den Reichstag gibt es eine großräumige Bannmeile, in der nur ein eingeschränktes Versamm-

lungsrecht gilt. Im Bündnisaufruf heißt es: „Wir werden in die Bannmeile strömen. Dass wir dadurch eventuell eine Ordnungswidrigkeit begehen, nehmen wir in Kauf.“

Der offene Aufruf zum zivilen Ungehorsam war Hauptargument für die Berliner Versammlungsbehörde, die geplante Demo entlang der Bannmeile kurzfristig zu verbieten. Lediglich die

„Das soll der Höhepunkt der Sozialproteste werden“

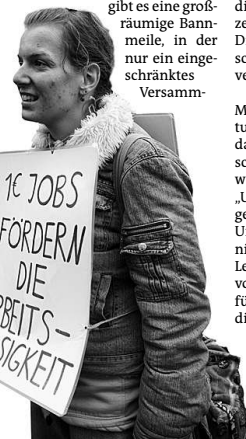
KATJA KIPPING, LINKSPARTEI

Kundgebung wurde erlaubt. Es werde von „militanten links-extremistischen Gruppierungen“ dafür geworben, „den Bundestag zu belagern und hierzu die Bannmeile bewusst zu verletzen“, heißt es in der Begründung. Die Polizei werde die Bannmeile schützen, Verstöße konsequent verhindern.

Die Initiatoren legten am Mittwoch beim Berliner Verwaltungsgericht Widerspruch gegen das Verbot ein. Bis Redaktionsschluss war unklar, ob die Demo wie geplant stattfinden kann. „Unabhängig davon, wie es ausgeht, wird es Aktionen des zivilen Ungehorsams geben, und zwar nicht nur von ein paar Dutzend Leuten“, kündigte Michael Prütz vom Bündnis „Wir zahlen nicht für eure Krise“ an. Es ist allerdings Konsens im Bündnis, dass „keine offene Konfrontation mit der Polizei gesucht wird“, heißt es.

PAUL WRUSCH

Meinung + Diskussion SEITE 12



Demo gegen Sozialabbau in Berlin Foto: Stefan Boness

mare-Sonderheft Kulinarik III

Der Sternekoch Johannes King und sein Sylter Menü



ab 2. November im Handel oder unter www.mare.de